



Antrag

Fraktion AfD

Förderung der Wasserstofftechnologie - Ausrichtung der Mobilitätspolitik zum Vorteil der deutschen Wirtschaft

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag spricht sich dafür aus, eine Abkehr von der gegenwärtigen, ideologiegesteuerten E-Mobilitätspolitik zum Nachteil der deutschen Wirtschaft einzuleiten und fordert die Landes- und Bundesregierung auf, ein Konzept zu entwickeln, welches folgende Maßgaben umfasst:

1. Erhalt und umweltfreundliche Ausgestaltung des Diesel- und Gasantriebs als Übergangstechnologie,
2. Intensivierung der Förderung der deutschen Wasserstofftechnologie.

Begründung

Die Automobilindustrie ist der zentrale Wirtschaftsfaktor in Deutschland. Keine Branche beschäftigt mehr Arbeitnehmer, trägt einen größeren Beitrag zur Wertschöpfung bei, betreibt höhere Anlageinvestitionen oder zeigt mehr Aktivitäten im Bereich Forschung und Entwicklung. Mit einem Wert von 234,4 Milliarden Euro wurden 2017 Fahrzeuge ins Ausland verkauft, was 18,3 % aller Ausfuhren entsprach. Die deutsche Automobilindustrie besitzt hohe Spezialisierungsvorteile über alle Endproduktgruppen hinweg und ist insbesondere bei der Diesel-Technologie weltweit führend.

Ab 2020 müssen 95 % der Neuwagen eines Herstellers den CO₂-Grenzwert von 95 g/km erreichen. Ab 2021 gilt der Grenzwert für die gesamte Neuwagenflotte. Der aktuelle Vorschlag der EU-Kommission sieht vor, die CO₂-Emissionen der Fahrzeugflotte um 15 % bis 2025 und 30 % bis 2030 im Vergleich zu 2021 zu reduzieren. Dazu kommt die einseitig gegen den Diesel gerichtete und hysterisch geführte Kampagne um Stickoxid-Grenzwerte. Vor dem Hintergrund, dass die Stickoxid-Emissionsgrenzwerte seit 1992 für Dieselmotoren bereits um 97 % gesenkt wurden

(Ausgegeben am 17.08.2018)

und moderne Dieselfahrzeuge mit erheblichem Abstand schadstoffärmer als Linienbusse und Nahverkehrszüge pro Fahrgast und gefahrenem Kilometer sind, entbehrt die aktuelle Diesel-Debatte um Fahr- oder Totalverbote jeglicher Logik.

Insgesamt sind die Zielsetzungen der Bundesregierung in der Wirtschafts-, Energie-, Mobilitäts-, Umwelt- und Klimapolitik in Kombination angesichts der technischen Umsetzbarkeit miteinander nicht zu vereinbaren und stehen teilweise konträr zueinander. Die Schwerpunktsetzung bei den ohnehin fragwürdigen Klimaschutzzielen führt in der Folge zu einer rasant ansteigenden Deindustrialisierung Deutschlands, zum Verlust hunderttausender Arbeitsplätze und damit einhergehenden, massiven Wohlstandsverlusten.

Dabei ist die starke Fokussierung auf batteriebetriebene Elektroautos vor dem Hintergrund der umwelt- und klimapolitischen Ziele der Bundesregierung kritisch zu hinterfragen. Gegenwärtig werden zur Herstellung von Elektromotoren und Batteriezellen erhebliche Mengen an seltenen Erden benötigt. Deren Förderung ist nicht nur äußerst energieintensiv, sondern produziert auch giftige und zum Teil radioaktive Nebenprodukte. Unberücksichtigt bleiben die erheblichen CO₂-Emissionen, die bei der Rohstoffförderung anfallen. Hinzu kommt, dass der Großteil der bisher in Deutschland privat genutzten Elektroautos laut DLR (Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt) zur Kategorie Kleinwagen gehört und nur als Zweitwagen dient, was die Ökobilanz zusätzlich konterkariert - zumal die CO₂-Bilanz eines batteriebetriebenen Elektroautos beim aktuellen Strommix in Deutschland schlechter ist als bei einem Dieselmotor. Um 40 Millionen reine Elektroautos CO₂-neutral betreiben zu können, müssten nach Berechnungen der FAZ zusätzlich 35.000 Windkraft- oder 27 Millionen Solaranlagen gebaut werden. Zum Vergleich: aktuell sind in Deutschland rund 29.000 Windkraftanlagen in Betrieb.

Die AfD-Fraktion spricht sich dafür aus, am Diesel- und Gasantrieb als Übergangstechnologie festzuhalten und darüber hinaus die Förderung der Wasserstofftechnologie zu intensivieren.

Der Wasserstoffantrieb ist längst ausgereift und hinsichtlich Reichweite und Betankungszeiten mit dem Verbrennungsmotor vergleichbar. Wasserstoff kann entweder wie Autogas direkt im Motor verfeuert oder für die Energiegewinnung über eine Brennstoffzelle genutzt werden.

Das fehlende Tankstellennetz ist ein maßgeblicher Grund, weshalb wasserstoffbetriebene Fahrzeuge trotz ausgereifter Technik nach wie vor kaum vorhanden sind, obwohl die Errichtung eines umfassenden Tankstellennetzes wesentlich einfacher und kostengünstiger zu realisieren ist als das bei Ladestationen für reine Elektroautos der Fall ist. Hier sollte die Politik verstärkt ansetzen, um dem Wasserstoffantrieb zum Durchbruch zu verhelfen.

Oliver Kirchner
Fraktionsvorsitzender